

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark im voraus gebildet. Unter Streifen im In- und Ausland 3.50 Reichsmark pro Quartal.

Das „Vorwärts“ mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Was der Filmwelt“, „Stadtbeilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Rat in die Bäderwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung des 50 Pfennig Reichsmarkes in 1 Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des Verlags Vorwärts, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote des 1. bis 15. Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Wort über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 2, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Löhloff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Postfach 110, Lindenstr. 3

Landbundgeschrei.

Bauernkriegs spiel der Großagrarien.

Der Landbund versucht durch plumpe Demagogie den Boden zurückzugewinnen, den er verloren hat. Er läßt überall von seinen Funktionären eine Abscheeresolution annehmen, deren Inhalt erschreckliche Drohungen enthält:

1. Wir dulden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Abschluß eines polnischen Handelsvertrags, der nur auf Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der Kleinlandwirte und der Landarbeiter abgeschlossen werden kann.

2. Wir werden unsere Betriebe so schnell, als die Wirtschaftsform des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen und alle nur irgendwo vermeintbaren Ausgaben an Bauten, Maschinen, Kunstdünger unterlassen. Der Zuckerrübenbau wird so weit unterbleiben, als nicht genügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufkommenden Erträgen des Betriebes zahlen, es sei denn, daß ein Betriebshaber nach Einkünften aus anderen Vermögenswerten hat. Wir werden alles daran setzen, ausreichende Löhne für unsere Arbeiter und Angestellten sicherzustellen und die fälligen Rechnungen an Handwerker usw. zu zahlen.

4. Gegen eine zwangsweise Befriedigung aus landwirtschaftlicher Substanz, die nicht mehr weiter verschleudert werden darf, sondern in unseren Händen zu verbleiben hat, werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen."

Also: die Herren vom Landbund, die keine Einfuhr dulden wollen, werden mit Mistgabeln an der polnischen Grenze aufmarschieren, um die polnischen Schweine abzufechen. Nach dem polnischen Schwein kommt der Gerichts-vollzieher und der Steuerbote an die Reihe.

Die Demagogie ist so albern, daß sie nur einen Schluß zuläßt: die Forderungen des Landbundes sind unberechtigt, also das Geschrei.

Die Kredite für die Landwirtschaft.

Die Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses über die Kredithilfe für die Landwirtschaft wurden am Dienstag vormittag in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Köhler und des Ernährungsministers Schiele fertiggestellt. Sie wurden mittags unterbrochen, da noch einige Voraussetzungen für die Erfüllung der gestellten von den Regierungsparteien formulierten Wünsche geklärt werden sollen. Nachmittags gehen die Verhandlungen weiter.

Der Pole muß ins Gefängnis!

Ein tolles Kriegesgerichts Urteil in Kowno.

Warschau, 24. Januar (Eigenbericht).

Aus Kowno wird gemeldet, daß das dortige Kriegesgericht zwei polnische Bürger, Piotrowski und Jablonski, die vor einigen Monaten an der Grenze aufgegriffen wurden, zu Gefängnisstrafen von vier und sechs Jahren verurteilte, weil sie als litauische Staatsangehörige im polnischen Heer gedient haben. Etwas beträchtlich noch immer alle Polen, die aus dem Wilsnagebiet stammen, als litauische Staatsangehörige.

Diplomatentanz um Maschinengewehre

London, 24. Januar. (Reuters.)

Die Regierung der Kleinen Entente werden demnächst eine Note über die Einbedingung von Maschinengewehren in Sz. Gotthard an den Generalsekretär des Völkerbundes senden. Endgültiges über den Inhalt der Note ist nicht bekannt, doch glaubt man nicht, daß die Kleine Entente auf einer Untersuchung bestehen wird.

100000 Mann Luftschuß — gegen wen?

Faschistenmiliz muß alles regeln!

Rom, 24. Januar.

Der Ministerpräsident beabsichtigt eine faschistische Straßenmiliz zu gründen, deren Aufgabe es sein wird, alles, was den Straßenverkehr betrifft, zu leiten und zu regeln.

Die Organisierung der faschistischen Luftmiliz macht gute Fortschritte. Dieser Luftmiliz ist die Aufgabe der Abwehr von Luftangriffen zugewiesen. Tausende von Männern sollen sich freiwillig gemeldet haben. Bisher seien 30 000 Militärsoldaten und 1000 besonders ausgebildete Offiziere zum Luftdienst einberufen worden. Die Zahl dieses Korps soll jedoch auf 100 000 Mann gebracht werden. Die Abwehrbatterien und ihre Bedienung sind bereits über das ganze Land verteilt worden. Die Luftmilizsoldaten sollen in Friedenszeiten sich in demjenigen Gebiet aufzuhalten haben, das sie in Kriegszeiten gegen Angriffe verteidigen sollen.

Ultimatum Herriots an Poincaré.

Der Ministerpräsident muß seine Rede ändern.

Paris, 24. Januar (Eigenbericht).

Wenn Poincaré in die Kammerdebatte eingreifen wird, steht noch nicht fest. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht scheint er erst später, vielleicht erst am Freitag, das Wort ergreifen zu wollen. Diese Regie hätte aber den gerade vom Ministerpräsidenten als unangenehm empfindenden Nachteil, daß bei den ständig aufeinanderfolgenden Reden der Interpellanten der Eindruck entstehen könnte, als müßte sich die Regierung vor dem Parlament recht fertigen.

Die große Sorge der Regierung ist, die Debatte möglichst auf budgettechnischem Gebiet zu halten und Abschweifungen in die reine Politik nach Möglichkeit zu verhindern. Der nationalistische „Avenir“ weiß in diesem Zusammenhang zu berichten, Poincaré habe den ursprünglichen Text seiner großen Rede zunächst Herriot zu lesen gegeben. Er habe beabsichtigt, mit der Darstellung der

Zustände zu beginnen, die er bei seinem Amtsantritt vorfand.

Herriot aber sei entsetzt gewesen über diese scharfe nachträgliche Kritik durch Poincaré und habe erklärt, daß er nicht länger im Kabinett bleiben könne, wenn die Kritik des Ministerpräsidenten von der Tribüne herab ausgesprochen werde. Poincaré

habe sich bereit gefunden, den ganzen historischen Teil seiner Rede zu streichen.

Die Erzählung der „Kocur“, auf deren Wahrheitsfakt nicht näher eingegangen werden soll, zeigt auf jeden Fall deutlich, wo der kritische Punkt der Debatte liegt. Wenn es nämlich zu einer Auseinandersetzung über die „Schuldfrage“ kommt, wenn die Reaktion wieder einmal behauptet, nur das Vorkatzen sei an der Finanznot und der Inflation schuld, dann muß man mit dem Auseinanderfallen der nationalen Einheit in Frankreich rechnen, zumal die Linke jetzt die Gelegenheit suchen will, um die alten Vorwürfe der Reaktion entschieden zurückzuweisen.

Sowjetmillionen freigegeben.

Ein Rückzug des Pariser Handelsgerichts.

Paris, 24. Januar.

Am 30. Dezember waren vom Pariser Handelsgericht auf Antrag einer Bank in Barcelona die Guthaben der Sowjethandelsvertretung bei 34 Banken und Finanzgesellschaften in Höhe von 28 Millionen Franken beschlagnahmt worden. Wegen eines Formfehlers wurde heute vom Vorsitzenden des Handelsgerichts die Beschlagnahmeverfügung rückgängig gemacht.

Die Kosten des Schulgesetzes.

Eine Erklärung Reudells. — Die Länder und Gemeinden müssen die Kosten tragen. Preußen und Bayern erheben Einspruch.

Der Bildungsausschuß des Reichstages begann heute die Debatte über die §§ 19 und 20.

Reichsinnenminister v. Reudell gab folgende Erklärung ab: Die Umfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes möglicherweise verursachen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklären, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß den von ihnen vorgekommenen Schätzungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, vorher zu sagen, ob und in welchem Umfang die Erziehungsberechtigten von ihrem Recht, die Einrichtung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.

Die Reichsregierung bekennt nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schullasten obliegt, Mehrkosten verursachen kann.

Angeichts der gespannten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen.

Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Ueberleitung der zurzeit bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden, in den neuen Rechtszustand zu erleichtern.

Ein voller Ersatz der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beteiligung des Reichs an den laufenden Mehrkosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erlaß dieses Gesetzes verursachen wird.

Da sich nicht vorhersehen läßt, wann den Ländern und Gemeinden erstmalig besondere Kosten erwachsen und welches Ausmaß sie in den verschiedenen Gebieten erreichen, so ist vorgesehen,

daß das Nähere über die Art der Verteilung von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichstag festgesetzt wird.

Der Minister erklärte dann weiter, es sei schwierig, wenn nicht unmöglich, genaue Unterlagen für die Kosten zu beschaffen, um so weniger, als die endgültige Fassung von Paragraph 9 noch gar nicht feststehe. Die schwierigen Fragen, nach welchem Schlüssel die Verteilung der 30 Millionen an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vorzunehmen sei, können am besten im Einvernehmen mit dem Reichstag gelöst werden.

Abg. Köneberg (Dem.): Offenbar sei die Regierung der Kostenfrage zu spät nähergetreten. Es stehe außer Frage, daß den Ländern die Kosten in voller Höhe zu erstatten seien. Gelagentlich des Finanzausgleichs habe auch die Reichsregierung den Standpunkt vertreten, daß den Ländern bei Sonderleistungen die Kosten voll zu

erzehen seien. Seine Fraktion werde sich auf das Entschiedenste gegen die geplante Regelung der Kostenfrage. Die Reichsregierung müsse überhaupt erst mit bestimmt formulierten Vorschlägen zu der Kostenfrage hervortreten.

Abg. Fleischer (Soz.)

meint, es werde Sache der Länder sein, sich zu dem 30-Millionen-Angebot zu äußern. Man müsse jedoch fordern, daß dem Bildungsausschuß die Unterlagen für die Kostenberechnung zugänglich gemacht werden. Die Kostenfrage sei von außerordentlich weittragender Bedeutung für die Gesamtheit.

Interessant wäre es, zu erfahren, wie der Reichsfinanzminister über die Kostenfrage denke. Sein Stillschweigen zu diesem Problem berühre tiefst.

Mit der vorgeschlagenen Regelung der Kostenfrage könnten sich die Länder seines Erachtens keinesfalls zufrieden geben. Die Schwierigkeit der Kostenfrage erkenne man erst, wenn man alle Details, wie Anschaffung neuer Bibliotheken, Anstellung neuer Lehrer usw., die sich als Auswirkungen des Schulgesetzes ergeben, ins Auge fasse. Länder und Gemeinden würden dadurch in eine unmögliche Lage geraten. Mit der Schaffung neuer Steuern durch Länder und Gemeinden sei das Problem auch nicht zu lösen, schon weil ihre Befugnisse auf diesem Gebiet sehr begrenzt seien.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) stellt ebenfalls die Forderung, daß der Reichsfinanzminister persönlich zur Kostenfrage Stellung nehme.

Reichsinnenminister Dr. von Reudell bittet, von einer Zitierung des Reichsinnenministers Abstand zu nehmen, da er ja die Erklärung namens der Reichsregierung schon verlesen habe, an der auch natürlich der Reichsfinanzminister beteiligt gewesen sei. Der Minister wendet sich dann der Frage zu, ob die Kosten vom Reich in voller Höhe zu tragen seien. Eine einheitliche Auffassung bestehe unter den juristischen Sachverständigen hierin nicht. Die Kostenfrage hänge im übrigen auch stark davon ab, in welchem Maße die Erziehungsberechtigten von ihrem Antragsrecht Gebrauch machen würden.

Ministerialdirektor Köfner bezieht sich auf Ausführungen des preussischen Kultusministers, wonach es Sache der Reichsregierung sei, sobald die Kosten zu überschlagen, als auch sie zu tragen. Es müsse eine Stelle im Reichstag geschaffen werden, die die Mehrkosten berechne. Preußen berechne für eine Klasse sachliche Kosten 50 000 M., Personalkosten 9000 M., das mache bei 32 000 Volksschulen und 100 000 Klassen bei einer Abspaltung von nur 1 Proz.

einen Kostenaufwand von 59 Millionen Mark.

Der Vertreter der bayerischen Regierung erteilt den Vorschlag der Reichsregierung für untragbar. Die Kosten müßten den Ländern voll erstattet werden.

Nach weiterer Debatte wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Neue Freunde des Parlamentarismus.

Im Lager der Konservativen.

Selbst die geschworenen Gegner des parlamentarischen Regierungssystems müssen sich beugen vor dem sachlichen Erfolg, den die demokratisch-parlamentarische Ueberlieferung im Volk erzielt. Sogar das Blatt der offenen Monarchisten, die zwar deutschnational, aber in erster Linie preussisch-konservative „Kreuz-Zeitung“ schwenkt zu den Anhängern des Parlamentarismus und freilich zunächst nur für — Schweden. Dort hat nämlich jetzt die Reichstagsöffnung in den landesüblichen Formen stattgefunden. Ueber sie läßt das Westpost-Blatt sich einen ausführlichen Bericht schreiben, in dem anschaulich geschildert wird, wie der deutsche Gesandte im „blauen Diplomatenträgel“ erscheint, während der deutschösterreichische Vertreter nur im „einfachen Frack“ auftritt, den bei dieser Gelegenheit auch die Angeredneten tragen. Sogar die Sozialdemokraten!

Schließlich aber bricht die Erkenntnis und das Geständnis durch: Auch die sozialdemokratischen Reichstagsboten treten hier in diesem Lande eines traditionellen Parlamentarismus mit der Sicherheit und Würde auf, welche die Tradition des schwedischen Volkes verlangt. Lärmigen von Kommunisten wären hier undenkbar.

In Deutschland hat die Kräfte, die heute noch von der „Kreuz-Zeitung“ vertreten wird, gemeinsam mit dem Hohenzollernismus die Entwicklung eines „traditionellen Parlamentarismus“ verhindert, bis der Novembersturm sie hinwegjagte. In Schweden hat der demokratische Volkscharakter ein halb-schwedisches Königtum gar nicht erst aufkommen lassen. Und als der gegenwärtige König es vor einigen Jahren einmal unternahm, selbständig in die Politik einzugreifen, in dem er an eine Bauerndemonstration eine aggressive Rede hielt, da wurde er von der Regierung und vom Parlament gleich so zurechtgewiesen, daß ihm die Lust zu einem zweiten Versuch in gleicher Richtung verging.

Das ist der „traditionelle Parlamentarismus“ in Schweden. Die Sozialdemokratie wacht dort mit gleichem Eifer über die Rechte des Volkes, wie die deutsche Sozialdemokratie in unserem Lande. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Konservativen im Deutschen Reich den Parlamentarismus genau so schätzen lernen, wie sie ihn schon für Schweden verehren!

Kaiser-Fasching.

Der Fasching ist eröffnet, die Kutsche der Kaisertrauen hat ihre Kaisergeburtstagsfeier abgehalten. Im kleinen Saal der Singakademie. Geschlossene Gesellschaft, veranstaltet von der Zeitschrift „Der Aufbruch“. Für die Kostüme sorgten Generale und Generalleutnants der kaiserlichen Armee sowie die „hohen Herrschaften“: „Jubel rauscht auf, brandet wie eine immer wiederkehrende Welle: Ihre königliche Hoheit Prinzessin Friedrich Sigismund, Prinz Doar und prinzipaliter Kinder sind erschienen, eine kleine Prinzessin und einen allerliebsten kleinen Prinzen.“

Ein Generalleutnant a. D. Wächter sprach über das damals, „als wir noch Freunde an unserem Kaiser hatten, um den uns das Ausland beneidete.“

Sparrer Krummwacker aus Potsdam feierte Wilhelm und Herminie. Es war also eine Feier der Herministen, nicht der Viktorien.

Die Fidelität wurde eröffnet vom Prinzen Oskar, der unter dem Jubel der Anwesenden über die Barriere zur Rednertribüne sprang, um zu versichern, daß Befehlungen für Monarchismus nicht verteilt würden.

Es wurde viel „gejubelt“, und da kein Volk anwesend war, mußte man sich den Jubel selbst vormachen — mit Trompeten und Pokalchen.

Wilhelm selbst war im Geiste unter ihnen, dazu ein Telegramm von ihm, dessen Inhalt man aber nicht erfahren darf, ob der willkürlichen Diktation.

In den Jubel der Ausrufe aber mischt sich eine bittere Note. Der fromme „Reichsbote“ und die „Deutsche Zeitung“

Sadistische Gefängnisgreuel.

Das Märtyrertum Georgiens.

Uns wird vom Zentralkomitee der Georgischen Sozialdemokratischen Partei folgendes mitgeteilt:

Die russischen Okkupationsbehörden müssen jetzt seit fast sieben Jahren in dem unglücklichen Lande Georgien. Das georgische Volk ist während seines zweitausendjährigen Bestehens auch nicht ein einziges Mal auch nur annähernd solchen Barbareien ausgelegt gewesen.

Zum Beweise führen wir einige wenige der allerniedrigstgestellten Tassaden auf:

1. Maria Bobachadze, Sozialdemokrat, sitzt seit 1924 in Tiflis in Gefangenschaft. Die Tscheka hielt ihn in einem dunklen, unterirdischen, unlauberen, feuchten Kellerraum gefangen, ohne Bett und ohne genügende Kleidung. Die ersten fünf Tage der Gefangenschaft bekam er keinen Tropfen Wasser, so daß sich der ganze Mund mit weißen Absonderungen füllte und die Zunge gelähmt war. Zum Anfeuchten des Mundes blieb ihm nichts anderes übrig, als seinen eigenen Urin zu benutzen. Derartige sadistische Quälereien dauerten einige Monate. Darauf wurde er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt ist er in Tiflis im Reichs-Gefängnis. Grund zu dieser barbarischen Behandlung war seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und seine Beteiligung an der Arbeit für die Selbständigkeit seiner Heimat.

2. Ein Fräulein Marie Klava, Köchin, ein ganz junges Mädchen, wurde in Batum auf Grund bloßer Verdächtigungen verhaftet und in einer für solche Zwecke besonders eingerichteten Kammer Nr. 9 ganz nackt eingesperrt, wo sie mehrere

Tage in diesem Zustand und ohne Nahrung zubringen mußte. Täglich kam der sogenannte Untersuchungsrichter zum angeblichen Verhör. Bodenlang wurde sie auf solche Weise gequält, um dann nach Tiflis ins Strafgefängnis übergeführt zu werden.

3. Grigorie Gugujawili wurde in Batum verhaftet und in einen nach oben vollständig offenen Raum gebracht, wo er Kälte, Regen und Schnee ungeschützt preisgegeben blieb. In der Nacht wurde er mit Stricken auf einem Brett festgeschürri. Wenn er um Hilfe schrie, verstopfte man ihm den Mund mit allen schmutzigen Lappen; nach mehrmonatlicher Quälerei verschickte man ihn nach Sibirien.

4. David Tschuttschawili, seit 1898 Sozialdemokrat, wurde in Tiflis verhaftet und in einem unsauberen Abort mehrere Monate lang festgehalten. Von da aus wurde er ins Gefängnis gebracht.

Belege für derartige Greuel stehen uns in Menge zur Verfügung. Die Tscheka läßt noch immer Erschießungen vornehmen, besonders unter Studenten und unter Angehörigen der roten Armee georgischer Nationalität.

Ein ganz ungläubiges Ausmaß haben die Ausweisungen georgischer Freiheitkämpfer angenommen, die zu Tausenden nach Rußland deportiert werden, um die georgische Nation aus ihrem eigenen Territorium zu vertreiben und sie künstlich im eigenen Land in die Kinderheit zu bringen. Mit anderen Worten: Wir Georgier werden von einer staatlich organisierten Verbrecherbande regiert.

verwerten die Berichterstattungsberichte der Kaisergeburtstagsfeier mit Jubel und Pauken und Trompeten, mit Geist der Treue und hohe edle Frau. — „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“ aber haben die Kaisergeburtstagsfeier der „Aufbruch“ aufrecht totgeschwiegen. Trotz Oskar und den allerliebsten kleinen Prinzen. Sollten sie Angst vor Herrn von Guérard haben?

Auswärtiger Etat vor dem Ausschuß.

Waffentransporte nach China. — Die Frage der Sozialattachés und des diplomatischen Nachwuchses.

Zu Beginn der Dienstaufstellung des Reichshaushaltsausschusses, in der über den Haushalt des Auswärtigen Amtes beraten wurde, fragte der kommunistische Abgeordnete Stöcker den Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wie es mit den fürgeplanten Waffentransporten nach China stände. Man habe gehört, daß mit deutschen Reedereien ein Abkommen getroffen sei, nach welchem alle Waffentransporte nach China unter Meiden müßten. Trotzdem melde das „Berliner Tageblatt“, daß für 5 Millionen Waffenaufträge aus China nach Deutschland gegangen seien und daß in Kiel 17 Waggons deutscher Waffen für China angekommen worden seien. An der Angelegenheit sollten Marineoffiziere, die im Tageblatt namentlich aufgeführt seien, führend beteiligt sein.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann bestätigte, daß die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften verpflichtet worden seien, keine Waffentransporte nach China vorzunehmen. Da die erwähnten Transporte vor oder nach diesem Abkommen vorgenommen seien, könne er im Augenblick nicht sagen, da die ganze Angelegenheit ihm unbekannt geblieben sei. Er werde aber baldmöglichst auf sie zurückkommen. Etwa eine halbe Stunde später nahm Herr Stresemann das Wort, um zu erklären, daß er sich mit Herrn Admiral Zenker in Verbindung gesetzt habe. Herr Admiral Zenker habe die förmliche Erklärung abgegeben, daß keine Marinestellen irgend etwas mit Waffenlieferungen nach China zu tun hat oder gehabt hat. Zurückkommend auf einige an ihn gestellte Fragen bittet er den Ausschuß sodann, das System der Sozial-

attachés nicht weiter auszubilden. Die Legationssekretäre würden auf sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiet eingehend vorgebildet und geprüft und empfinden es bitter, daß sie trotzdem auf diesen Gebieten jurisdiktionell werden sollen. Die Diplomaten hätten sich ja heutzutage meistens viel mehr um Sozialpolitik und Volkswirtschaft zu kümmern als um hohe Politik. Was die Einstellung in den auswärtigen Dienst betreffe, müsse er zugeben, daß nicht gleichmäßig aus allen Schichten Einstellungen stattfänden. Das rühre daher, weil die jungen Leute im auswärtigen Dienst frühestens mit dem 32. Lebensjahre zu verdienen anfangen. Die Auswahl der Bewerber werde von ihm selbst vorgenommen, und er könne mit absoluter Bestimmtheit versichern, daß noch kein Bewerber wegen der Stellung der Eltern oder weil er nicht bestimmten Schichten entstamme, von ihm zurückgewiesen sei. Lediglich die Bereanigung und Begabung sei maßgebend. Die Einseitigkeit der Einstellungen werde bestimmt durch die Einseitigkeit der Meldungen. Es meldeten sich bevorzugt Söhne aus adligen Familien.

Geselle Dr. Beitzel erwiderte dem Minister, daß man sich dann überlegen müsse, auch die Anfangsstadien der diplomatischen Karriere so zu gestalten, daß sie besser bezahlt werden, damit der Zugang ein breiterer werden könne. Von der Erklärung des Ministers bezüglich der Sozialattachés habe er Kenntnis genommen. Er erwarte, daß der Minister auch die gleiche Stellung einnehmen werde, wenn die Frage der Entsendung von Militär-, Marine- und Luftattachés auf werde.

Amerika und die Philippinen.

Japan soll nicht annektieren.

New York, 24. Januar.

Oberst Stimson ist zum Generalgouverneur der Philippinen ernannt worden. Er glaubt, die Philippinen würden schließlich die Selbstregierung erhalten. Aber er sei nicht für ihre völlige Unabhängigkeit. Wenn die Philippinen völlig unabhängig würden, dann würden sie so gut wie sicher von einem mächtigeren Nachbarlande annektiert werden. Diese Bemerkung bezieht sich auf Japan.

Der zu Tode dramatisierte Schweif.

(Theater am Rollendorfsplatz.)

Der brave Soldat Schweif hätte die künstlerische Existenzberechtigung des Gefühlsdramas nicht und klar erwiesen können. Piscator hat die großartige Gelegenheit verpaßt. In seinen ersten beiden Inszenierungen hat er die Zeitgeschichte in nachdrücklichen Bildern auf die Bühne gebracht. Das ganze Grauen der großen Zeit ist bei ihm lebendig geworden. Damals hat es sich um die Wiedererweckung der Erlebnisse und Gestalten aus einer jüngst vergangenen Zeit gehandelt, die unsere Zeitgenossen zu schnell aus dem Gedächtnis verschwunden ist. Im braven Soldaten Schweif muß eine Phantasiefigur belebt werden. Die Piscatorbühne hat also gestern erstmalig vor der Aufgabe gestanden, aus dem Wesentlichen heraus schöpferisch zu gestalten und dabei hat sie versagt. Es fällt mir um so schwerer, das festzustellen, weil ich Piscators reinen Willen, sein Streben nach neuen Wegen der Bühnenkunst reiflos anerkenne.

Die Vorlage für den Theaterabend haben „Die Abenteuer des braven Soldaten Schweif im Weltkrieg“, das unsterbliche Buch des polnischen Jaroslaw Haschek abgegeben, das Buch, das eine beispiellose Minderheit, allerdings erst nach dem Tode des vierzigjährig verstorbenen Verfassers erlangt hat. Haschek sagt über seinen Schweif: „Er ist der alte brave, heldenmütige, tapfere Soldat Schweif, ein verehrter Held.“ Die Uebersetzerin dieses unparteiischen Epos vom Weltkrieg, Grete Reiner, nennt Haschek den tschechischen Cervantes und Schweif den neuen Typus des raffinierten Dummkopfs, der zumüdig und beschränkt und dennoch jeder Situation gewachsen ist. Der übermäßige Humor des Werks hat etwas grauig Erschütterndes. Der Krieg ist durch die Brille des kleinen Mannes betrachtet, dem die Ermordung eines Erzherzogs nicht wichtiger erscheint als der natürliche Tod irgendeines seiner Bekannten. Die Soldaten verstehen nicht die hohe Politik, sie wissen nicht, warum und wozu sie ihre Mitmenschen töteten und sich selbst mit Stolz töten lassen sollen. Die anderen, die Offiziere, wissen es auch nicht. Aber sie sind mit erhabenen klingenden Höflichkeit so vollgestopft, daß sie glauben, sie wüßten, worum es sich handelt. Schweif ist die arme, unzufriedene Kreatur, die alle Anordnungen der Obrigkeit als unabweisbares Schicksal hinnimmt, ohne jemals zu murren. Er ist der dienstbefähigste Mann, dem alles Bursche ist. Die Offiziere halten es für ausgemacht, daß er blödsinnig ist. Deshalb kann er sich erlauben, seine Gedanken frei zu äußern. In seiner Unschuld beneidet er den Generalen, wie biotisch sie sind, und sagt es ihnen mit neuem Hundeblick ins Gesicht. Schweif hat Haschek betrachtet das Geschehen von seiner natürlichen, der allg-

sch menschlichen Seite und entkleidet damit den Krieg seiner schmerzenden Phrasen. Das alles ist mit solcher Frische und Anschaulichkeit geschrieben, daß nicht nur die Kriegsgeliebten wieder aufsteht, sondern die geschiederten Figuren unsere persönlichen Freunde oder Feinde werden. Sie sind für uns lebendige Wesen, der Schweif, der Batsoun, der dicke Einjährige Marek, der Rechnungsfeldwebel Bannet, der widerwärtige Leutnant Dub, der sympathische Oberleutnant Aufsatz und der streberhafte Kadett Bieglar.

Die Atmosphäre einer vergangenen Zeit, die uns im Roman umweht, fehlt bei Piscator. Rag Brod und Hans Reimann, die das Werk für die Bühne umgestalten wollten, begnügten sich damit, einige dürftige Auszüge zu machen. Mit dem wertvollen Ergebnis, daß die bei Haschek lebendigen Figuren auf der Bühne ein Scheinbildnis führen, und, noch sonderbarer, der Sinn des Ganzen umgehoben wird. Schweif ist bei ihnen nichts anderes als der vertrottelte Offiziersburke, den wir bei Schönthal und Kadelburg schon vor Jahrzehnten gesehen haben. Die grandiose Blödsinnigkeit des Militarismus, die bei Haschek aus jeder Seite erstrahlt, wird in der Bühnenbearbeitung zur Blödsinnigkeit der Musikanten. Piscator hat für den Schweif keine Bühne mit einem neuen technischen Zeit ausgestattet, mit rollenden Bühnen, auf denen einfache Dekorationen aufgebaut sind, die sich dann auf die Szene schieben. Wenn Schweif eine lange Wanderung macht, läuft er wirkfich. Das Band rollt unter ihm weg, ebenso wie der Laterna-magica-Hintergrund. Der Eindruck ist aber doch nicht natürlich, denn die massiven Begrenzungen der Bühne bleiben stark im Gesichtsfeld. Das Eindrucksvollste an der Inszenierung sind die von grimmigem Humor belebten Bühnenbilder von George Grosz. Der Traktant läßt sie vor unsern Augen erstehen.

Fallenberg als Schweif verzichtet auf seine beliebten Extempores. Er hält sich genau an den von Haschek vorgeschriebenen Text. Der spricht so voller Humor, daß seine Auserkennungen immer wieder von jubelndem Beifall unterbrochen werden. Fallenbergs Schweif strahlt vor Beschränktheit, lebenswürdiger Frechheit und Ergebenheit. Seine Miene ist in dienstfertigerem Grinsen erstarrt. Er ist das kalte terribile in Militäruniform. Ein Schweif, wie ihn sich Haschek nicht anders hat vorstellen können.

Außer dem sympathischen Zufall des Anton Edhofer und dem polternden dramaturgischen Dummling des Oskar Sima stehen nur schematische leblose Figuren um Schweif herum.

Ernst Degner.

Das Kasaphobikum in Rußland. Nach den Feststellungen der jüngsten Volkszählung der Sowjetunion sind in der RSFSR von 1000 Männern 568, von je 1000 Frauen 336 des Lebens und Schwereisens fanbig. An der Spitze steht die Bevölkerung des Benningrader Bezirks und des zentralen Industriegebietes, wo von Männern im Alter von 20 bis 24 Jahren nahezu 100 Proz. lesen und schreiben können.

Unser neuer Roman. H. G. Wells, der sich morgen unsern Lesern mit seinem Roman „Menschen Göttern gleich“ vorstellen wird, gehört zu den meistgelesenen englischen Schriftstellern. Mit seinen technischen und sozialen Utopien hat er sich eine eigene Gattung von Romanen geschaffen, die es ihm ermöglicht, Zukunftsentwicklungen als Ergebnisse von heute vorwegzunehmen und Ausblicke in andere, bessere Welten zu eröffnen. Wells ist Evolutionist von reinstem Wasser, ein Prophet neuer Zeiten. Eine Reihe seiner bekanntesten Romane sind bereits in deutscher Sprache erschienen. Sein neuer Roman (in der berechtigten Uebersetzung von Paul von Sonnenhal und Otto Mandl) setzt die Utopie der in der „Zeitmaschine“, „Wenn der Schlaf erwacht“, „Der Mann im Mond“ usw. aufgestellten Probleme fort und entwickelt alle Reize der technischen, naturwissenschaftlichen und sozialen Utopie. Der Autor macht dabei von seinem Recht, in einigen Fragen andere Anschauungen als der Materialismus zu vertreten, Gebrauch.

Kostenloser Besuch bayerischer Museen durch Schüler. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Erlass des preussischen Handelsministeriums entnimmt, haben die bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultur sowie für die Finanzen genehmigt, daß die Schüler deutscher Schulen, die die Staatsgemälden- und Nationalmuseum, das Armenmuseum, das Museum für Völkerkunde, das Theatermuseum und das Residenzmuseum in München besuchen wollen, unentgeltlichen Eintritt erhalten, wenn der Besuch in geschlossener Gruppe und unter Führung eines mit Ausweis versehenen Lehrers erfolgt.

Der russische Staatschor wird sich von Berlin am 24. Januar in der Philharmonie mit einem gemischten Programm von Volksliedern und alt-russischen Themen verabschieden.

Ein Vortrag über „Die Schwerkraft in der Normalerziehung“ findet Dienstag, 24. Jan., 8. 11. Uhr, und 7. Februar, 8 Uhr, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht statt.

Kudwig Harß bringt auf Einladung der Volkshaus Freitag, 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses Solchen, Saiten und Broteten zum Vortrag. Eintrittskarten 1 M.

Der Filmepidemiol und um die Erde. Die Hamburg-Amerika-Linie rufen bei ihrem Exkursionsdampfer „Mefusa“ eine aus vier Ausfahrten bestehende Filmepidemiol, die die Aufgabe hat, auf einer nach 30 Ländern in vier Kontinenten während des Jahres das Leben der Völker dokumentarisch zu erfassen und die Kunst dieser Völker an Ort und Stelle anzuschauen.

Filmepidemiol im besten Gebiet. Die Antarktis-Expedition hat die Aufklärung des Südpols. „Der Ritter der Luft“ werden, da er geeignet ist, die öffentliche Ordnung zu stören. Gleichzeitig hat die Antarktis-Expedition den von den russischen Besatzungsbehörden der Wajts bestimmten Film: „Der alte Fritz“ auf Grund von Vorstellungen des Reichskontrollamtes für die besetzten Gebiete wieder freigegeben.

Die Jarenmorbills als Revolutionsmuseum. Nach einer Meldung aus Moskau ist das Gebäude in Jekaterinenburg, in dem die Jarenfamilie ermordet wurde, zum Staatsmuseum erklärt worden. Es soll in ein Revolutionsmuseum umgewandelt werden.

Der Prozeß gegen den Kaputher Mörder

Staatsanwalt beantragt Todesstrafe.

Nach längerer Anklageerörterung beantragte der Oberstaatsanwalt Pfaffe, den Angeklagten Albert Schwarze des Mordes für schuldig zu befinden und auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen zu wollen. Das Urteil dürfte erst abends erachtet werden.

Aus den gefährdeten Häusern.

Keine überstürzte Räumung in der Hebbelstraße.

In einigen Berliner Zeitungen wird die Meldung verbreitet, daß bereits heute acht Familien aus der Hebbelstraße 17 ihre Wohnungen räumen müssen. Diese Meldung ist nicht richtig. Bei den Beratungen am Montag nachmittag im Charlottenburger Rathaus wurde — wie wir bereits in unserer Morgenausgabe mitteilen — beschloffen, daß die Wohnungen bis zum 28. Februar geräumt sein müssen. In diesem Tage sollen die Arbeiten zur Reinfundamentierung des Hauses beginnen. Die Frage, wer diese Arbeiten bezahlt, ist noch nicht gelöst. Das Bezirksamt will einen Teil der notwendigen Arbeiten finanzieren, will aber auch den Hauswirten verpflichten, Mittel beizusteuern. Die Geschäftslente aus den beschädigten Häusern haben sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Sie verlangen eine Barabfindung in Höhe von 4000 bis 5000 M. und einen langfristigen Kredit zum Aufbau einer neuen Existenz. Nach den gestrigen Sachverständigenberatungen haben sich die Bewohner der beiden Häuser beruhigt. Sie sind schon mit dem Wohnungszamt in Verbindung getreten, um alles für den Umzug vorzubereiten. Das Wohnungszamt hat jetzt eine genügende Anzahl Wohnungen bereit, um die Familien aus der Hebbelstraße unterzubringen.

Zwei Wartezimmer.

Wenn jedes Wartezimmer eines Arztes als Gradmesser für den Geschmack und die Kultur seines Besitzers zeugen sollte, so würde man leider nur zu oft von einem geradezu beschämenden Niveau sprechen müssen. Sehen wir uns in solch einem Raum um. Im Durchschnitt ist folgendes festzustellen: Ein zerstückelter Teppich, ein alter Tisch, ein Sofa unmaßlicher Größe, wo der Platz für zwei zu reichlich, für drei jedoch zu knapp bemessen ist, einige Stühle, auf denen man häufig starr sitzen muß, weil man bei unruhigem Sitzen föhlich zu Schönerlatenprüfungen herangezogen werden könnte. Die Gardinen gleichen meist ausgebleichten Portieren. Der Bildschmuck paßt sich würdig dem Ganzen an. An den Wänden schlechte Drucke der Heerführer von einst: Hindenburg und Friederich, oder auch Bismarck und Wilhelm II. Der plötzliche Schmuck dieses Zimmers läßt sogar die Vermutung aufkommen, daß der Anteil Doktor früher ein selbstbewußter Besucher von Kummelplätzen gewesen sei und dort als fabelhafter Schütze die Schicksalstüde empfunden haben muß. Auf dem Tisch liegt allerlei „Lesbares“, natürlich ein Jahrgang Gartenlaube, der Band einer Familienzeitschrift Jahrgang 1906, sämtliche Hefte der reich illustrierten Zeitschrift „Der Weltfrieden“, medizinische Wochenblätter und eine Menge Prospekte von Bädern und Sanatorien. Mit diese Dinge in einem Zustand, daß man sich schämt, sie ohne Handschuhe anzufassen. Glücklicherweise findet man auch mal ein Wartezimmer anderer Art. Da sind freundliche heile Bänke, ein laubiger Plüschteppich, ein Chaiselongue, einfache geschmackvolle Stühle mit dazu passenden Tisch. An den Wänden gute Kunstwart-Drucke, einige Radierungen und auch verschiedene kleinere Bildchen. Das Auge langweilt sich nirgends. Und was nicht es nicht alles zu lesen. Die Zeit wird hier wirklich zu lang. Ein Wilhelm-Buch-Album, das „Deutsche Lachen“, ein Simplicissimusband, einige Zeitschriften, sogar neue Nummern. Weiter nicht es da keine Reklamendrucke; darin steht auf dem ersten Blatt geschrieben: „Wer dies Buchlein zu Hause weiter lesen will, möge mir dies freundlichst mitteilen. Dr. X.“

Dieser Arzt hatte den vorkonzervativen Wert seines Wartezimmers erkannt. Neuer andere Arzt aber sei gebeten, zu versuchen, sein eigenes Wartezimmer einmal mit den Augen eines ganz unerwartet eintretenden neuen Patienten anzusehen. Er wird Augen machen, der Herr Doktor!

Die Straßenumbenennungen im Bezirk Kreuzberg.

Vor Ausführung des Stadterordnungsbeschlusses, der die Umbenennung einer großen Zahl Straßen des Stadtgebietes Berlin fordert, sollen die Bezirksämter der Verwaltungsbezirke ihre Vorschläge machen. Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg stellt jetzt das Bezirksamt den Stadterordnungen die neuen Straßennamen mit, die es in Aussicht genommen hat, und bittet um ihre Zustimmung. Es sollen umbenannt werden:

Bahnhofstraße in Körtestraße, Camphausenstraße in Wilhelm-Bjankusch-Straße, Fürstentstraße in Börnerstraße, Grünauer Straße in Zubeilstraße, Hohenstaufenplatz in Richard-Fischer-Platz, Kaiser-Friedrich-Platz in Maximilian-Platz, Wackerstraße in Johann-Luer-Straße, die zusammenhängenden Straßenzüge Mariannenufer, Schanienufer, Engelauer, Bülowufer, Alfabühner in Beglenpromenade, Wartenborfer Straße in Dittlie-Boader-Straße, Kleine Parkstraße in Wädelsstraße, Prinzessinnenstraße in Wiedelsstraße, Prinz-Adolph-Straße in Landtagsstraße, Prinz-August-von-Bürttemberg-Straße in Theodor-Rehner-Straße, Sebanufer in Ernst-Hilke-Platz, Viktoriapark in Kreuzberg, Wilhelmshöhe in Frenzelstraße.

In dieser Liste finden wir ersichtlichweise verschiedene Straßennamen, durch die das Andenken verdienter Kämpfer des arbeitenden Volkes festgehalten werden soll.

Philadelphia in Berlin.

Jetzt weiß in Berlin der frühere Bürgermeister von Philadelphia in Pennsylvania, Wiler Kendrick, mit seiner Gattin. Mr. Kendrick, dessen Amtsperiode am 1. Januar verfassungsmäßig abgelaufen ist, beschloß sich durch eine Europareise, die er mit dem größten Schiff des Norddeutschen Lloyd angetreten hat, von den Wähen seiner Amtstätigkeit zu erholen. Die Stadt Philadelphia ist durch Herrn Kendricks unermüdbare Lektüre und durch seinen Unternehmungsgestalt in den letzten vier Jahren sichtbar aufgeblüht. So hat er den Bau der Philadelphia-Deimare-Brücke, der größten Brücke der Welt, unternommen und vollenden lassen können. Den vielen Deutschen seiner Stadt war er stets ein freundlicher Berater und Fürsprecher. Durch Vermittlung der „Beschickung Karl Schurz“ wurde den Gästen Potsdam gezeigt. In den nächsten Tagen werden noch einige Berliner Einrichtungen gezeigt werden sowie das Delar-Helene-Krähelhelm.

Auch ein Familienidyll.

Einem guten Erfolg hatte gestern abend das Eingreifen des Heberfallkommandos bei einem Vorfall in der Hebbelstraße. Hier mahnen seit langer Zeit ein Arbeiter Friedrich G. und ein Mädchen im Erdgeschoss zusammen. In der letzten Zeit trübte sich das Verhältnis und noch wiederholten Streik und Täuschungen veranlaßte G., daß seine Geliebte die Wohnung verließ. Diese würgerte sich jedoch besonders deshalb, weil auch sie zu den Anschuldigungen bezogen wurde. Gestern abend waren ihr Bruder und ein anderer Mann, zu dem das Mädchen früher in Beziehungen gestanden hatte,

Neunhundert Mark und eine Kuh!

Der Vater des Arensdorfer Mörders als Zeuge.

Der Landwirt Schmeller, Vater des Arensdorfer Mörders, als Zeuge im Gerichtsfoal — in einem Vierdehändler-Betrugsprozeß! Eigentlich keine aufregende Angelegenheit. Schmeller ist heute vollkommen zerknirscht.

Als der Vorsitzende fragt, ob er vorbestraft sei, meint er: „Ich bin zu 18 Monate für die Arensdorfer Sache verurteilt.“ Vorsitzender: „Wozu.“ Schmeller: „Ich weiß nicht, ich glaube zu Zuchthaus.“ Vorsitzender: „Sie sind vom Angeklagten Feldmann geschädigt worden.“ Schmeller: „Ja, ich habe Geld verloren. (weinend) Mir ist gleich, ob der Mann bestraft wird oder nicht. (schluchzend) Ich weiß, wie es im Gefängnis ist.“ Vorsitzender: „Nehmen Sie sich zusammen. Ihr Urteil ist doch noch nicht rechtskräftig. Haben Sie Berufung eingelegt?“ Schmeller (schluchzend): „Ja, Revision.“ Vorsitzender: „Wir haben mit der Sache nichts zu tun. Erzählen Sie, wie es war. Wir müssen hier die Pferdeangelegenheit prüfen.“

Die Angelegenheit selbst ist eine nächste Betrugsache. Der Angeklagte Feldmann, Vierdehändler seines Zeidens, erschien Anfang Oktober 1924, als Schmeller gerade sein Gut in Arensdorf gepachtet hatte, und kaufte ihm vier Pferde ab, die er mit dem Gut übernommen hatte. Der Kaufpreis war 900 Mark bar und eine Kuh. Das Geld sollte in den nächsten Tagen bezahlt, die Kuh auf halbem Wege dem jungen Schmeller entgegengebracht werden. Die Kuh kam nicht, das Geld blieb aus. Schmeller mahnte wiederholt. Er erhielt Trostbriefe. Dann fuhr er nach Berlin, um sich bei Feldmann halt des Geldes Pferde zu wählen; er fand nichts Passendes. Schmeller strengte einen Zivilprozeß an. Es kam zu einem Vergleich. Feldmann zahlte trotzdem nicht. Schmeller erstattete Strafanzeige wegen Betruges. Feldmann wurde als schuldig erkannt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Heute interessiert das Gericht ein Wechselbetrug, den Feldmann in Verbindung mit dem Pferdekauf Schmeller gegenüber begangen hat. Die Einzelheiten sind ohne Belang, höchstens, daß auch der Sohn einmal den Vater nach Berlin in der Angelegenheit begleitet hat. Die Vernehmung ist zu Ende. Schmeller wird verurteilt. Nun wird er sich seiner Lage wieder bewußt. Er spricht die Worte des Eides mit tränenreicher Stimme nach. Als er sich

setzen darf, nimmt er den Platz auf der Anklagebank ein. Die Erinnerung vom Frankfurter Prozeß ist wohl in ihm noch frisch! Der Vorsitzende fragt ihm, daß er hier nicht Angeklagter sei und sich auf die Zeugenbank setzen könne.

Die Pferdegeschichte Schmeller bildet nur eine Episode aus dem großen Vierdehändlerbetrugsprozeß, der vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bereits die dritte Woche spielt. Ein nicht uninteressanter Prozeß. Eines Tages erschienen in Berliner Zeitungen Inserate: Geldleute wurden gesucht, die sich an einem vorteilhaften Pferdegeschäft beteiligen wollten. Es fanden sich 63 Interessenten, die schließlich alle geschädigt wurden. Sie durften in einen Vertrag einsehen, der den Stempel des deutschen Generalkonsuls in Holland trug. Nach diesem Vertrag hatten sich Friedländer und Genossen angeblich verpflichtet, 50 Schlapfärde wöchentlich nach Holland zu liefern. Die Geldleute kauften nur Schlachtpferde, die der Vierdehändler Friedländer für diesen Zweck wählte. Damit die Geldleute sich von der Ehrlichkeit des Geschäftes überzeugen, durften sie ein Telegramm nach Holland an den Verkäufer schicken. Das Telegramm, das sie angeblich aus Holland zur Antwort erhielten, stammte in Wirklichkeit aus Deutschland: Der Käufer, hieß es in der Antwort, könne erst in drei Wochen die Pferde abnehmen. Solange wollte man aber nicht warten; die Pferde mußten ja fressen. Friedländer besorgte nun deutsche Käufer für die Pferde. In Wirklichkeit waren es Mitglieder derselben Betrügerbande. Sie zahlten mit kurzfristigen Wechseln. Diese gingen zum Protest und wurden nicht eingelöst. So waren die Geldleute ihr Geld los. Es gab auch verschiedene amüsante Episoden. So wurden Pferde nach Potsdam geschickt. Der Feldmann begleitete sie ein Stück. In Potsdam konnten aber schlechtere Pferde an. Von hatte es unermesslich verkauft. Ein anderer Vierdehändler sollte die Pferde auf dem Lande loslagern. Sie verschwand, und mit ihnen auch das Geld: Er habe sie für Bode und Eis eingetauscht, erklärte er. Im ganzen sieht dreizehn Mann auf der Anklagebank. Der Hauptschuldige, Friedländer, ist tot. Die Gerichtsverhandlung dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Der Eisenbahndamm nach Sylt.

Als Retter in der Not.

Seit Wochen liegen die norddeutschen Inseln in Gürteln von Eis, was besonders für Föhr mit seinem großen Winterbetrieb sehr störend ist. Mit wenigen Unterbrechungen waren Föhr, besonders aber Amrum, Pellworm und Nordstrand wochenlang von der Festlandverbindung abgeschnitten. Da erwies sich in diesen Tagen der Eisenbahndamm als Retter in der Not. Hundert Kinder, für ein Erholungsheim zu Sylt bestimmt, warteten schon vier Tage in Dagebüll auf den Dampfer nach Föhr. Aber der Eisgürtel, den die durch den neuen Damm nach Dänemark am Abfließen verhinderten Eisschollen des Wattenmeeres nach Eintritt des Tauwetters bildeten, ließ den Dampfer der Bayer Reederei nicht an Dagebüll herantkommen. Da entschlossen sich Bürgermeister und Reederei, die hundert Kinder mit der Reichsbahn über den Eisenbahndamm und Westerland-Sylt nach Harnum zu stellen, von wo sie durch den Dampfer abgeholt und sicher nach Sylt gebracht wurden. Mit ihnen viele andere Passagiere, Post usw. Nach diesem ersten gelungenen Versuch wurde die neue Verbindung bis auf weiteres fahrplamäßig aufgenommen. Wenn auch eine derartige schwere Verkehrsstörung seit Jahrzehnten sich hier nicht ereignete, erweist die jüngste Störung und ihre Behebung durch den Eisler Damm den großen Vorteil der Festlandverbindung. Gab es überdies doch bereits im November erhebliche Verkehrsstörungen auf dem Watt zwischen Föhr-Amrum und dem Festlande, da infolge dauernder Ostwinde das Watt trocken lief, und die Dampfer oft tagelang auf dem Watt festsaßen.

Die Entschädigungen der Fischer.

Auf der Generalversammlung des „Schuhverbandes der Wassergrundstückbesitzer Deutschlands“ kam es zu einer interessanten Aussprache über die Entschädigungsforderungen, die von den Fischereiberechtigten an die Wassergrundstückbesitzer gestellt werden. In einem sehr unterrichtenden Vortrage hatte Geheimrat Dr. Castein über die Grundlagen der Entschädigung des Fischbestandes als Volksermögen gesprochen. Er zeigte, auf welchen Voraussetzungen die Forderungen der Fischereiberechtigten beruhen, und welchen Schaden die Fischer durch die immer mehr zunehmenden Wasseranwohner erleiden. Weiterhin behandelte der Redner die alten Privilegien, die zum Teil schon aus dem 16., 15. und 14. Jahrhundert stammen, die aber trotzdem nicht verfallen sind, sondern erstens Recht bedeuten. Denn für die Befugnis, zu fischen, haben die heutigen Fischereiberechtigten den Fürsten jahrzehnte- und jahrhundertelange Grunddienste leisten müssen. In der Aussprache freilich wurde ausgeführt, daß es nicht Aufgabe der Wassergrundstückbesitzer sein könne, die Kosten der alten Privilegien zu tragen. Sie abzuschaffen, sei Aufgabe des Staates. Dieser müsse eingreifen, und er würde, wie Verbandsdirektor Pahlm darlegte, dabei kein schlechtes Geschäft machen.

Ingenieur Socka brachte die Meinungsverschiedenheiten zur Sprache, die zwischen Bevölkerung und Reichswasserstraßenverwaltung bestehen, sobald die Wasseranwohner von ihrem gesetzlichen Rechte, mit Uferanlagen ihre Grundstücke ihren Zwecken auszuschießen, Gebrauch machen wollen. An Hand von Beispielen wies er nach, welche Erschwernisse und welche teilweise sogar dem Gesetz zuwiderlaufenden Verlangen von den Wasserstraßenverwaltungen häufig erzeugt werden, und er warnte die Versammlungsteilnehmer, Verträge mit den Behörden abzuschließen, ohne vorher den Sachmann bzw. den Verband zu Rate gezogen zu haben. Das Mitglied des Wasserparlamentes Raaf sprach über die untragbare Belastung des Amateursportes mit Steuern, und zwar leider ganz besonders auch in Bereiche der Stadt Berlin. Er verlangte, daß der Amateursport wie jeder andere Erziehungs- und Jugendbildungsfaktor von Reich, Staat und Gemeinden als Dienst am Volke und damit als gemeinnützig anerkannt werde.

Die interessanten Referate enthielten vieles, das auch für unseren Arbeiterwasserport von Wert ist.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Vor einigen Monaten war der praktische Arzt Dr. Josef Bröcher in Köln wegen Mordes an dem Architekt Braun Oberreuter durch Urteil des Schwurgerichts in Köln zum Tode verurteilt worden. Durch Erlass des preussischen Staatsministeriums vom 18. Januar d. J. ist nunmehr die Todesstrafe im Gnadengang in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden.

Ein zweites Todesopfer des Flugzeugunfalls bei Todenburg. Der bei dem Absturz des französischen Verkehrsflugzeuges bei Todenburg schwer verletzte Passagier Rossmann, der in die Wienerstraße in Rönker übergeführt worden war, ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Heber Danerops und Kuband (nicht am Mittwoch, dem 26. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saal der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin W 50, Ebnsteplatz 8, Geheimrat Georg Klein am im Rahmen der Vortragsreihe des gewaltlosen Seminars der Hochschule über das parlamentarische Problem. Korrespondent ist Dr. Adolf Gredemühl.

in der Wohnung, als G. von der Arbeit nach Hause kam. Die beiden machten wohl Miene, ihm einen unanständigen Empfang zu bereiten. Um dem zu entgehen, eilte G. in ein Zimmer, sprang zum Fenster hinaus und lief zu dem nächsten Schuppenmann mit der Wetzburg, in seiner Wohnung seien zwei fremde Männer, um sie auszuräumen. Das benachrichtigte Heberfallkommando kam bald herbei, nahm die beiden „Fremden“ fest und brachte sie nach der Wache. Hier stürzte sich bald alles auf und das Paar ging wieder verlobt nach Hause.

Gewalttätigkeiten dreier Geisteskranken.

Eine geisteskranke Familie vor Gericht.

Schwere Ausschreitungen gegen die Polizei führten eine ganze Familie Edwert, den Vater, die drei erwachsenen Söhne und die Braut des einen Sohnes, unter der Anlage des Wäberlandes, der vorzüglichen schweren körperlichen Mißhandlung, der Bedrohung und der Zusammenrottung vor das Schöffengericht. Nüher dem alten Edwert sind die übrigen Angeklagten bereits vorbestraft, zum Teil mehrfach.

Einer der Söhne, der russischer Rudolf Edwert, der in eine Schlägerei verwickelt gewesen war, sollte zur Freistellung von einem Polizeibeamten zur Wache gebracht werden. Er griff den Beamten aber sofort tödlich an, schlug ihn mit der Faust ins Gesicht und leistete ihm den heftigsten Widerstand. Seine Brüder kamen ihm dabei zu Hilfe. Erst nach Eingreifen weiterer Polizeibeamten gelang es, die drei Brüder zu überwältigen und zur Wache zu bringen. Dort ging Rudolf E. mit einem Messer auf die Polizeibeamten los. Einige Zeit später hatten Angehörige dieser rauffühenden Familie eine Autofahrt gemacht und besaßen mit dem Drohstoffstreit, weil sie sich melierten, zu zöhlen. Einer von ihnen mußte von Polizeibeamten sogar aus der Drohstoffe herausgeholt werden, weil er sich fröhlich aussußeigen. Auch bei diesem Vorfall fielen die Angeklagten über die Beamten her. Auf dem Transport zur Wache, der unter einem großen Polizeiaufgebot erfolgte, kam es nochmals zu Tätlichkeiten gegen die Beamten, wobei die Angeklagten durch ihre Hilflosigkeit eine Zusammenrottung einer größeren Menschenmenge verursachten. Die Menge nahm natürlich gegen die Polizeibeamten Partei. Ein Polizeibeamter wurde schwer verletzt und mußte das Krankenhaus aufsuchen. Den Angeklagten war es gelungen, einem Beamten das Seitengewehr zu entreißen und sie hatten damit wie wild um sich geschlagen.

Auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Georg Mayer waren die Angeklagten auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Nach dem Gutachten einer Reihe von Ärzten sind alle drei Söhne Edwert erblich belastet, so daß auf diese § 51 Anwendung findet. Dasselbe traf auch für die mitangeklagte Braut des einen Edwert zu. Nur der alte Edwert erhielt nicht den Schutz des § 51. Da bei ihm aber nur in geringem Maße eine Beteiligung an den Vorfällen festgestellt werden konnte, kam er mit 50 M. Geldstrafe davon. Die übrigen Angeklagten mußten trotz ihrer schweren Verletzungen wegen Geisteskrankheit freigesprochen werden.

Heberfahren und getötet.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag auf den Gleisen der Stadtbahn in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Treptow. Auf der Brücke am Treptower Park wurde der 38jährige Wilhelm Königkeil aus der Salsowstraße 34 in Adlershof, der in einer Arbeitskolonne der Firma Wehnert mit Kabelearbeiten beschäftigt war, von einem vorüberfahrenden Stadtbahnzug erfasst und auf das Gütergleis geschleudert. In diesem Augenblick passierte in diesem Augenblick ein aus entgegengelegter Richtung kommender Güterzug die Unfallstelle. A. wurde auf der Stelle getötet. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und in die Sudower Friedhofshalle gebracht. Eine nähere Untersuchung des Vorfalls ist sofort eingeleitet worden. Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, waren Sicherheitsposten aufgestellt.

Einem graufigen Hund machten Bohnebeamte heute früh auf den Schienen der Strecke Großbeeren-Richenardorf. Kurz hinter Arensdorf fanden sie die verkrüppelte Leiche eines Mannes. Nach dem Befund liegt wahrscheinlich Selbstmord vor. Die Verfallenen des Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Der preussische Minister des Innern, Genosse Albert Erzeinst, spricht über Bevölkerung und Behörden im neuen Staat am Mittwoch, dem 23. Januar 1928, 20 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses (Königsstraße). Alle Studenten und Studentinnen sind eingeladen von der Vereinigung sozialdemokratischer Studierender.

Die Aussperrung wird durchgeführt

Für heute nachmittag durch Anschlag angekündigt.

Halle, 24. Januar. (Eigenbericht.)

Die Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben fast durchwegs Anschläge in den Werken ihren Belegschaften mitgeteilt, daß heute vormittag die Betriebe stillgelegt und die Belegschaften ausgesperrt werden. In Nienberg und in Harzgerode, wo kleinere Betriebe in Betracht kommen, ist die Aussperrung bereits gefestigt worden. Im übrigen verharret die Arbeiterschaft in musterhafter Disziplin und läßt sich weder von den Unternehmern noch von den Kommunisten betören.

Berdiente Fußtritte.

Oder die verfolgte Unschuld.

Der Deutsche Metallarbeiterverband führt in Mitteldeutschland seit mehreren Wochen eine Lohnbewegung, die schließlich zum offenen Kampf geführt hat. Nun ermahnt auch die SPD. Wie der dumme August im Zirkus will sie alles besser machen, kommt allen in die Quere, erntet Fußtritte und wird ausgesperrt. Der dumme August im Zirkus will aber gar nicht ernst genommen werden und die Fußtritte sind ihm erwünscht.

Anders die SPD. Sie ist zwar längst nicht mehr revolutionär, sondern nur noch, um mit Severing zu sprechen, resolutionär; sie möchte aber, daß man ihre Resolutionen wenigstens ernst nimmt, den Verfassern Lobeshymnen statt Fußtritte versetzt. Deshalb klagt die „Rote Fahne“ in Löhnen der verfolgten Unschuld über „verhärtete Kommunistenbege der Reformisten“.

Wie es mit dieser Unschuld der bolschewistischen Drahtzieher bestellt ist, dafür zeugt ein anderer Artikel in derselben Nummer des Stalin-Blattes, der als zweite Ueberschrift den Anwurf „Unternehmer und Reformisten im Kampf gegen die SPD.“ enthält und mit folgendem Satz schließt: „Kampf der Politik des Wirtschaftsfriedens und der Arbeitsgemeinschaft.“

Wo und warum die Unternehmer mit den Reformisten gegen die Kommunisten gekämpft haben, verrät der Artikel allerdings nicht. Der Schluss aber zeigt deutlich, daß es den Stalinisten nur darauf ankommt, die Gemeindefürsorge zu bekämpfen. Selbst mitten im Kampf behauptet das Blatt noch, es handle sich bei dem Streik und der Aussperrung in Mitteldeutschland um eine Politik des Wirtschaftsfriedens und der Arbeitsgemeinschaft. Daß es bei einer so blödsinnigen Verlegenheit Fußtritte regnet, darüber können sich nur die tragischen Clowns der SPD. wundern.

Kündigung im Bergbau.

Arbeitszeit und Löhne.

Bochum, 24. Januar (Eigenbericht.)

Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände hielten heute eine gemeinschaftliche Sitzung in Essen. Einstimmig wurde beschlossen, das Ueberarbeitsabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen.

Verhandlungen für Behördenangestellte.

Heute Schiedspruch.

Das Schlichtungsverfahren für die Behördenangestellten hat am Montag mittag im Reichsarbeitsministerium begonnen, nachdem der Versuch des Schlichters, doch noch eine Einigung herbeizuführen, fehlgeschlagen war. Der Streit dreht sich um die Uebertragung der ab 1. Oktober 1927 geltenden neuen Beamtenegehälter auf die bei den Reichs- und Staatsbehörden sowie bei den Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Angestellten. An dem Gehaltsstreik sind beteiligt die Regierungen im Reich und in Preußen, die Reichspost, die Reichsdruckerei, die Reichsbank und die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn. Verhandelt wurde zunächst die wichtige Frage der Grundvergütungssätze von der höchsten Vergütungsstufe ab, nach denen sich der Gesamtaufbau der Bezüge nach oben und unten richtet. Die Verhandlungen vor der Schlichtungskammer dauerten bis in den späten Abend. Der Schiedspruch wird voraussichtlich heute gefällt werden.

Selbe Sumpfbüten.

Bei Siemens.

Aus dem Siemens-Konzern wird uns geschrieben: Daß die Selben im Siemens-Konzern eine Rolle spielen wollen, ist allgemein bekannt. In keinem anderen Großbetrieb werden sie so beschützt und geschätzt, als in den Siemens-Werken.

Der Hauptkern der Selben im Siemens-Konzern ist das Kabel- und das Elmowert. Im Elmowert ist die Ködler-Gruppe vorherrschend. Der Gründer dieser Vereinigung wurde im Jahre 1927 aus dem Vaterländischen Arbeiterverein ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wurde in der Werksgemeinschaft damit begründet, Ködler sei ein übler Postenjäger und Denunziant. Er fand keine Unterstützung in dem Fahr-führer Krebs und dem Hilfschlosser Frey. Krebs hatte seine Rolle bei der Firma bald ausgespielt. Weil er glaubte, infolge der guten Stellung, die er als „nationaler“ Mann bei der Firma einnahm, seinen Meister während der Arbeitszeit verprügeln zu können und ihn mit Lump und Streich zu titulieren, wurde er entlassen.

Der Hilfschlosser Frey ist gleichzeitig Redakteur seiner Betriebszeitung. Es ist in der Arbeiterbewegung nicht ganz unbekannt. Er war 1925 in Duisburg Unterbezirksleiter der Industrie-Gruppe Bergbau, der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“. Er wurde wegen Unterschlagung aus der Organisation ausgeschlossen. Wie lange er als nationaler Mann die Belange der „Vaterländischen“ im Elmowert vertreten wird, bleibt abzuwarten.

Im Kabelwerk hat die Betriebsleitung die diplomatischen Beziehungen mit dem freigewerkschaftlichen Vorständen des Betriebs und Arbeiterrotts abgebrochen. Sie verfehrt nur noch schriftlich mit ihm. Um die Wünsche und Beschwerden der Kollegen zu erledigen, werden in sogenannten Werkstattversammlungen Verhandlungskommissionen gewählt. Die Verhandlungskommissionen bestehen in einigen Fällen aus „wirtschafts-friedlichen“ Selben und Stahlhelmlenten. Wie die Verhandlungen mit der Betriebsleitung ausfallen, um höhere Verdienste zu erzielen, diene folgendes als Beweis:

In der Abteilung Papinbau ging eine zu gewählte Verhandlungskommission zur Firmenleitung und beschwerte sich darüber, daß der Meister es verhindere, daß sie bei den jetzt bestehenden Tarifverträgen 1,50 M. verdienen und verlangten, daß der Meister Anweisung bekommt, dies in Zukunft zuzulassen. Also Lohn-erhöhung ist nicht notwendig, es wird nur etwas mehr geschuftet. Im Blockwerk versuchte ebenfalls eine gelbe Gröge die

Werkvereinsbewegung auf die Höhe zu bringen. Ein Werkzeugmacher Trauser, der als solcher seinen Beruf verfehrt hat, wurde noch ganz kurzer Zeit wegen Unfähigkeit aus der Werkzeugmacherabteilung in die Revisionsabteilung versetzt und spielte nun hier den ganz nationalen Mann. Er erklärte, man müsse die Werkvereinsbewegung mit viel größeren Rechten ausgestatten, sie müßte das Recht haben, unbequeme Vorgesetzte und Kollegen eventuell mit Gewalt zu beiseite zu räumen. Auch dieser Liebling der Firma mußte eines Tages entlassen werden, weil er einem Kollegen gedroht hatte: „Ich werde dich vor dem Betrieb körperlich bestrafen und niederschlagen.“

Zußerdem beschuldigte er seinen Meister, bei den Ueberstunden mit den weiblichen Arbeitern allerlei liebe Dinge gemacht zu haben, was er aber keineswegs beweisen konnte. Seine Vergangenheit zeigt, daß auch er mit allerhand Bössereien gewaschen ist. Bis 1923 gehörte er der SPD. an. Er hatte in Charlottenburg eine Urkundenfälschungsabrik aufgemacht und wurde deswegen bestraft. Im Jahre 1924 wurde er aus dem D.R.V. ausgeschlossen. Heute steht er der „völkischen“ Bewegung nahe.

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus der gelben Werkvereinsbewegung, der aber mit aller Deutlichkeit zeigt, was die Arbeiterschaft von dieser Seite zu erwarten hätte, wenn die Selben einen stärkeren Einfluß gewinnen würden. Als erfreuliche Tatsache ist festzustellen, daß trotz der Hilfe der Firma die gelbe Bewegung bisher keinen Boden gewinnen konnte, weil kein anständiger und vernünftiger Arbeiter sich zu der Judasrolle des Arbeiterverrats hergibt.

„Probleme des Elsaß“.

Die Löhne der Buchdrucker.

Der in Nr. 618 des „Vorwärts“ vom 31. Dezember 1927 veröffentlichte Artikel enthält folgenden Satz:

„Die Löhne der Arbeiterschaft hielten mit der Teuerung fast durchweg gleichen Schritt, ja, gingen sogar stellenweise bedeutend über sie hinaus, so z. B. bei den gut organisierten Buchdruckern und den mehreren tausend Arbeitern der allerdings unter sozialistischer Verwaltung stehenden Städte Straßburg und Mülhausen, die bei einem Lebenshaltungsinde von etwa 580 ihre Einkommen auf gut das Stebenfache der Vorkriegszeit bringen konnten.“

Die Bezirksleitung Elsaß-Lothringen des französischen Buch-

An Stelle von Karten.
Allen Genossen, Freunden und Bekannten die trauertige Nachricht, daß meine liebe Frau
Ludowika Kreienbrink
am 20. Januar nach schwerer Krankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 25. Januar, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium Geschäftsstraße statt.
Fritz Kreienbrink.

Der gute Kapitän-Kantabak
C. Rücker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3861

3 MK.
WOCHENRATE
METALLBETTEN / RUHEBETTEN
AUCH BEI TEILZAHLUNG KASSAPREISE
MIT NUR 10% v. RESTBETRAG
HORN, LANDSBERGER STRASSE 113.

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Blumenspenden
über den
Jahrespreis wert
Paul Golletz,
norm. über dem
Mariannenstraße 3,
Ecke Rastumstraße
am Kottbus 103 63

Familien-Anzeigen
L. Juergens
Alexanderplatz

Druckerverbandes teilt uns hierzu mit, daß das über die Löhne im Buchdruckgewerbe vom Elsaß-Lothringen Segele einer Berichtigung bedarf.

Bei der Lohnbewegung Ende 1925 gelang es der in der Fédération Française des Travailleurs du Livre organisierten Arbeiterschaft, eine Honorierung ihres Lohnes gegenüber dem Lohn von 1914 zu erlangen. Bei einem Lebenshaltungsinde von 100 Punkten 1914 betrug der Lohn in der Spitze 24,28 M. = 43 Franken; für je 10 Punkte Steigerung des Indizes wurden 4,30 Franken in der Spitze zugesprochen und so beträgt der Lohn heute in der höchsten der drei tariflichen Lohnklassen bei einem Indexstand von 583 Punkten 5,8 x 43 Franken = 249,40 Franken oder 5,8 mal der Vorkriegslohn. Hierzu kommen noch die Frauen- und Kinderzulagen von 3,11 Franken pro Kopf, welche für die Frau und höchstens fünf Kinder eine Summe von 15,65 Franken ergeben. (Dieser Höchstlohn dürfte indessen eine Ausnahme bilden.) Dies erhöht den oben angegebenen Lohn noch um etwas, jedoch kann im günstigsten Falle von einer kaum sechsfachen Erhöhung des Vorkriegslohnes gesprochen werden.

Es ist deshalb nicht angebracht, mit Genossen Dr. Lion von einer gegenüber der Teuerung bedeutenderen Steigerung der Buchdruckerlöhne zu sprechen, da deren Kaufkraft im Verhältnis zur Vorkriegszeit bedeutend geringer ist.

Seherstreik in Linz.

Linz, 24. Januar.

Die „Tagesspost“ und das „Linz Volksblatt“ sind wegen Streikes der Seher nicht erschienen.

Eisenbahnarbeiterstreik in Britisch-Indien.

Kalkutta, 24. Januar.

Zehntausend Eisenbahnarbeiter sind in den Eisenbahnerstreifen von Kalkutta wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten.

Grubenarbeiterstreik in Schweden.

Stockholm, 24. Januar.

Fast sämtliche Grubenarbeiter Schwedens, ungefähr 10 000 Personen, sind in den Streik getreten. Die Vermittlungskommission, die sich wegen der verwickelten Lage bis zur nächsten Woche hinziehen dürfte, wird morgen einberufen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelbier; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karlsberg; Museen: Th. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Prud.: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 2.

Gute Butter

wird jetzt so reichlich hergestellt, daß die Ladenspreise ganz bedeutend herabgesetzt werden konnten. Die Butterteuerung scheint bis auf weiteres vorbei zu sein. Gute Butter in feinsten Beschaffenheit zu den billigsten Tagespreisen verkaufen die durch den nachstehenden Anschlag gekennzeichneten Geschäfte:

Gute Butter

Hier täglich frisch

PROGRAMM für die Zeit vom 24. bis 26. Januar 1928

BTL
Potsdamer Straße 38
Emil Jannalaga in Der Weg alten Fleisches

Rheinstraße 14
Die indiscrete Frau mit Jenny Jugo, Georg Alexander

Odeon, Potsdamer Str. 75
Verlängert!
Die Jugend der Königin Luise mit Mady Christians
— Für Jugendliche —

Turmstraße 12
Verlängert!
Der Bettelstudent mit Harry Liedtke
— Für Jugendliche —

Alexanderstraße 39-40
(Passage)
Verlängert!
Der Bettelstudent mit Harry Liedtke
— Für Jugendliche —

Nordwesten
Welt-Kino
Alt-Modell 99
Der russische Prunkfilm Zar und Dichter
Ferner: Eins + Eins = Drei

Süden
Th. am Moritzplatz
Die Dollarprinzessin und Ihre o. Freier. Der Teufel im Herzen

Südwesten
Passage-Lichtspiele
Neukölln, Bergstraße 131-32
Am Rüdeshelmer Schloß steht eine Linde. Auf der Bühne: Henry Bender persönl. in Schön schön wir aus
Jugendliche haben Zutritt

Film-Palast-Kammersäle
Teltower Straße 1-4
Die Jugend der Königin Luise mit Mady Christians

Osten
Concordia-Palast
Andreasstraße 64
Das Ladenmüdel mit Marlo Picford
Achtung, Sprengstoff!

Viktoria-Lichtbild-Th.
Frankfurter Allee 48
Der großen Erfolg, wegen verlängert
Die Jugend der Königin Luise
Ferner Bühnenschau
Jugendliche haben Zutritt

Schwarzer Adler
Frankfurter Allee 99
Das K. o. K. Ballettmüdel
Ferner: Reginald Denny in Alles Schwindel
Bühnenschau

Norden
Casino-Lichtspiele
Brunnenstr. 134
Im Luxuszug u. Spanisches Blut
dazu die große Bühnenschau

Senefelder Lichtspiele
am Senefelderplatz, Ecke Metzger Straße
Es war
dazu Die Straße des Grauens

Gesundbrunnen
Kristall-Palast
Prinzenallee 1-4
Die weiße Spinne
Bühnenschau

Marienbad-Palast
Badstraße 35-36
Die raffinierteste Frau v. Berlin
Benzinteufel
Bühnenschau

Prinzen-Palast
Prinzenallee 42-43
Der Verführer
Orientzauber
Bühnenschau

„Alhambra“
Badstraße 38
Die raffinierteste Frau v. Berlin
Bühnenschau

Humboldt-Theater
Badstraße 19
Die indiscrete Frau
Bühnenschau

Pankow
Tivoli-Lichtspiel-Th.
Berliner Straße 27
Film: Der Orlov
Bühner: Der Pinksche Mando-
tinen-Chor (33 Personen). Erstmals im Kino

Palast-Theater
Breite Straße 21a
Laura La Plante in Seldeno
Strümpfe und Beiprogramm

Reinickendorf-Ost
Bürgergarten-Lichtsp.
Hauptstr. 31 und Lindauer Straße
Die schwarze Natascha und Beiprogramm

Linden-Lichtspiele
Residenzstraße 124
Norma Talmadge in Die einzige
Frau. Dazu: Das Rätsel der
Fledermaus.

Canriottenburg
Faun-Lichtspiele
Krumme Straße 37
Helena, der Untergang Trojas
1. Teil: Der Raub der Helena
2. Teil: Die Zerstörung Trojas.
Beide Teile in einem Programm
Beginn 7, 9, 11 Uhr

Schlüter-Theater
Schlüterstraße 17
Der großen Erfolg, wegen verlängert
Harry Liedtke, Maria Paulier
in Der Bettelstudent
Ferner: Die elf Teufel
Jugendliche haben Zutritt
Anfang 7 u. 9, 11, Sonntags ab 4 Uhr